

**XXIV. GP.-NR**

**14290 /J**

**20. März 2013**

## **ANFRAGE**

**der Abgeordneten Markowitz, Kaufmann-Bruckberger**

**und Kollegen**

**an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung**

**betreffend fehlende Transparenz an den Universitäten**

Das neue Semester hat begonnen und bei der Anmeldung für die Lehrveranstaltungen herrscht wie jedes Jahr pures Chaos. Es gibt zu viele Studenten und zu wenige angebotene Kurse, was zu einer fatalen Situation an den österreichischen Unis führt.

Vor allem aber das Online-Anmeldesystem UNIVIS bringt viele Missstände mit sich. Das System ist undurchsichtig, die Studenten wissen nicht, nach welchen Kriterien ausgewählt wird. Hinzu kommt, dass die Lehrveranstaltungsleiter das UNIVIS-System zum Teil nicht beachten und sich eigene Kriterien zurechtlegen, nach denen sie ihre Studenten in den Kursen anmelden.

Die meisten Lehrveranstaltungsleiter vergeben Kursplätze eher an Langzeitstudenten. Studenten, welche ihr Studium zügig betreiben wollen, bleiben so auf der Strecke und müssen ein weiteres Semester auf ihren Kursplatz warten. Die Wartelistenplätze, welche vom UNIVIS-Anmeldesystem erstellt werden, werden von den meisten Lehrveranstaltungsleitern dann jedoch nicht berücksichtigt.

Somit passiert es auch immer wieder, dass Studenten trotz eines Kursplatzes nicht an der Lehrveranstaltung teilnehmen können, was mit einem Systemfehler begründet wird. In Wahrheit fehlt es aber an den finanziellen Mitteln, um zusätzliche Lehrkräfte einzustellen und die hohe Anzahl an Studenten zu bewältigen.

Dies lässt darauf schließen, dass die Gelder die den Universitäten momentan zur Verfügung gestellt werden, einerseits zu knapp bemessen sind, und andererseits ineffizient eingesetzt werden.

Nach den letztverfügbaren OECD-Zahlen aus dem Jahr 2009 liegen die Ausgaben für Hochschulen in Österreich mit 1,42 Prozent des BIP weit unter dem OECD-Schnitt. Für die Erreichung des Zwei-Prozent-Ziels müssten sich die jährlichen Ausgaben für den tertiären Bildungssektor bis 2020 etwas mehr als verdoppeln. Wenn jedoch die Steigerung der Mittel nicht nur öffentlich sondern auch privat finanziert werden soll, wären laut Wifo 2020 Studiengebühren von 1.300 Euro pro Semester nötig, um den Durchschnitt des Privatanteils der EU-Länder zu erreichen.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nachstehende

### **ANFRAGE:**

1. Wie wollen Sie dem möglichen volkswirtschaftlichen Schaden entgegenwirken, wenn wie dargelegt, zahlreiche Studierende aufgrund des intransparenten Anmeldesystems ihr Studium nur mit beträchtlicher Verzögerung beenden können und somit schlechtere Berufsaussichten vorfinden?
2. Wie planen Sie, das Anmeldesystem UNIVIS effizienter zu gestalten?
3. Welche Maßnahmen planen Sie, um jedem Student in Hinblick auf die Verfügbarkeit von Lehrveranstaltungsplätzen die Möglichkeit zu geben, sein Studium in Mindeststudiendauer abschließen zu können?
4. Wie wollen Sie gewährleisten, dass die Budgetmittel auch wirklich in den Hörsälen ankommen und effizient genutzt werden?
5. Werden Sie sich einerseits für eine Erhöhung des den Universitäten zur Verfügung stehenden Budgets und andererseits für eine Einführung von sinnvoll gestalteten Studiengebühren einsetzen? Wenn ja, in welcher Form? Falls nein, warum nicht?

